

Verwaltung-Velbert verharmlost Nazi-Ehrungen

Die Verwaltung lehnt die Umbenennung von nach Nazis benannten Straßen ab. In einer Stellungnahme relativiert sie die Bedeutung von Ehrungen durch Straßennamen und die Nähe der Namenspatrone zum Faschismus. Die Umbenennungen wurden von der Fraktion DIE LINKE. Velbert für den Bezirksausschuss Neviges am kommenden Mittwoch beantragt.

Die Verwaltung führt fünf Städte auf, die sich entschieden haben, nach Agnes Miegel, Hermann Stehr und Ina Seidel benannte Straßen und eine Schule umzubenennen. Statt dies aber als ausreichenden Beleg zu nehmen, führt sie relativierende Aussagen aus nicht genannten Quellen an. Dabei wird auf die meisten von den Linken aufgeführten Belastungsmomente nicht eingegangen.

Besonders fragwürdig ist die Stellungnahme der Verwaltung aber, weil

sie Nazis implizit mit allen anderen gleichsetzt, die heute nicht mehr geehrt würden.

Fraktionsvorsitzender Harry Gohr: „Nazis sind keine harmlosen Erinnerungstücke. Nazis sind unter uns und versuchen, ihre Saat von Hass und Intoleranz zu verbreiten. Sie begehen Gewaltverbrechen und bekämpfen die Demokratie. Mit der Ehrung von Monarchisten oder Antiken Feldherren ist das überhaupt nicht zu vergleichen. Entscheidend für Benennungen und Umbenennungen muss die Bedeutung in der Gegenwart sein.“

Offen zeigt sich DIE LINKE für das Ansinnen der Verwaltung, die Erinnerungen der Flüchtlinge aus den Ostgebieten zu respektieren.

Gohr: „Es gibt doch namhafte Persönlichkeiten aus den Ostgebieten,

die keine Nazivergangenheit haben. Ich erinnere da nur an Käthe Kollwitz, Ernst Wiechert und Marion Gräfin Dönhoff. Benennungen dieser Art könnten wir durchaus unterstützen.“



Velbert im Schwächungspakt

Am 29. Mai erhielt die Stadt Velbert negative Nachricht zum Stärkungspakt. Sie bestand in einer Zusage. Warum das keine gute Nachricht ist. Der so genannte ‚Stärkungspakt Stadtfinanzen II‘ ist an einen rigiden Kürzungskurs gebunden. Bürgermeister und Kämmerer bestätigen, dass das Geld aus dem Pakt nicht für Investitionen bestimmt ist, sondern nur zur Reduzierung des Defizits.

Bei den Bürgern kommt also kein Euro an. Dem gegenüber steht eine verschärfte Verpflichtung zur ‚Haushaltskonsolidierung‘ unter An-

drohung einer Zwangsverwaltung nach § 124 GO NRW.

Fraktionsvorsitzender Harry Gohr: „Der ‚Stärkungspakt Stadtfinanzen‘ ist in Wirklichkeit ein Schwächungspakt. Wir lassen uns zwingen, die öffentliche Infrastruktur zusammenzustreichen, auf Kosten unserer Kinder.“

Eine vorab bekannt gewordene ‚Stärkungspakt‘ – Liste aus Bergneustadt beispielsweise, die der Linken vorliegt, listet 48 Streich- und Kürzungspunkte auf, darunter die Schließung von Schwimmbädern und Sporthal-

len, der Verkauf des Rathauses und vieles mehr. Die vollständige Umsetzung kürzt die Ausgaben um 2,1 Millionen, während der ‚Stärkungspakt‘ nur 1,6 Millionen bringt, das jährliche Defizit der Stadt jedoch 7,9 Millionen beträgt. Am Ende steht aber die Verpflichtung des Haushaltsausgleiches.

Gohr weiter: „Bis einen Monat nach Erhalt des Bescheides von der Kommunalaufsicht ist ein Ausstieg aus dem Pakt noch möglich. Noch kann Velbert ‚Nein‘ sagen zur nächsten Kürzungsrunde.“

Alles geheim!

Am 22.5. tagte in Velbert der Stadtrat. Es zeigte sich mal wieder, daß bei dem Wort Öffentlichkeit bei manchen in Politik und Verwaltung rote Lampen angehen. Plötzlich verhalten sie sich wie scheue Rehe.

Auf eine Anfrage im Bezug auf den Chemieunfall bei Ashland sah sich die Verwaltung erneut nicht in der Lage zu antworten. Diesmal mit Verweis darauf, es könnte sich bei Erkenntnissen zu dem Chemieunfall um Betriebsgeheimnisse von Ashland handeln. Der Eindruck, hier dürften Dinge unter gar keinen Umständen an die Öffentlichkeit gelangen, läßt sich da kaum zerstreuen!

Am anderer Stelle fand sich auch eine deutliche Ratsmehrheit, um beim Klinikum die öffentliche Kontrolle zurückzu-

drängen. Laut Ratsbeschluss wird die Klinikum Niederberg gemeinnützige Gesellschaft mit begrenzter Haftung (gGmbH) nun zu einer Holding ohne gemeinnützigen Gesellschaftszweck. Das ganze bekommt zwar einen Aufsichtsrat, aber es ermöglicht natürlich die Gründung von Untergesellschaften und vereinfacht so die Geheimhaltung gegenüber dem Stadtratsmitgliedern und ebnet natürlich auch dem Lohndumping den Weg. Selbstverständlich konnte DIE LINKE diesem Ansinnen nicht zustimmen. DIE LINKE irritiert auch, dass erst nach der Entscheidung des Stadtrates der Betriebsrat in die Entwicklung eingebunden wird. Er wird vor vollendete Tatsachen gestellt. Die angeblich entstehenden steuerlichen Vorteile konnte Herr Richter (Geschäftsführer) auch auf Nachfrage nicht erklären.

Zentralisierung auf der grünen Wiese

Was von Bürgermeister Freitag verschiedentlich laut angedacht wurde, liegt nun in einem ersten offiziellen Vorschlag vor. Nach dem Willen der Verwaltung müssen alle Velberter für die Angebote der Kunst- und Musikschule künftig nach Neviges fahren. Nicht ins dortige Zentrum oder in die Nähe eines Bahnhofes, sondern zu den Höhen am Waldschlösschen, buchstäblich auf die grüne Wiese.

Für die Menschen in Neviges bedeutet das noch weitere zusätzliche Wege: VHS, DRK und die Tafeln verschwinden aus dem Nevigeser Zentrum. Auch zu diesen Einrichtungen müssen künftig lange Wege auf die grüne Wiese in Kauf genommen werden.

Zusätzlich wird mit dem Konzept die Unterversorgung von Neviges mit weiterführenden Schulen festgeschrieben. Es würden hier nur 3 Klassen („Züge“) an weiterführenden Schulen gebraucht, schreibt die Verwaltung. Damit greift sie den Beratungen über ein Schulkonzept für Velbert vor. Tatsächlich liegt die

Schülerzahl der Grundschulen in Neviges insgesamt aber für keinen Jahrgang unter 150. Gebraucht wird also etwa das Doppelte an Klassen.

Deshalb darf die Hardenbergschule nicht, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, ersatzlos wegfallen. Stattdessen könnte sie in eine Gesamtschule umgewandelt werden. Damit hätten die Nevigeser Kinder endlich die Möglichkeit, alle Schulabschlüsse vor Ort anzustreben.

Fraktionsvorsitzender Harry Gohr: „Es kann nicht sein, dass in einer zentralen Stadt wie Velbert jede Einrichtung nur einmal, und dann noch an abgelegenen Orten angeboten wird. Dieser Zentralisierungswahn ist eine absurde Blüte der Kürzungslogik. DIE LINKE plädiert nachdrücklich für eine Lösung, bei der die öffentlichen Einrichtungen in den Zentren bleiben und die Hardenbergschule als Schule nutzbar bleibt.“

Solidarität mit den Schlecker-Beschäfti

Den Beschluss der Gläubiger hinzunehmen, die Schlecker Drogerien abzuwickeln, ist tief beschämend. Für Fehlentscheidungen aus Wirtschaft und Politik müssen jetzt bundesweit 25.000 Schlecker-Beschäftigte gehen. Zum größten Teil Frauen, darunter zahlreiche Ältere und Alleinerziehende.

Auch in Velbert und im Kreis Mettmann sind nicht nur die Beschäftigten die Leidtragenden. Auch die Bürgerinnen und Bürger müssen jetzt weitere Wege für die Nahversorgung in Kauf nehmen.

Die Bundesregierung handelte nach der fatalen Devise: Bei den Banken ist man fix, für die Schlecker beschäftigten tut man nix. Mit den Stimmen von CDU; CSU und FDP wurde die Freigabe von Finanzmitteln zu Gründung einer Transfergesellschaft verweigert.

DIE LINKE fordert Solidarität mit den Beschäftigten und Ihren Familien. Eine schnelle Vermittlung in Beschäftigung und Aufbau von Dienstleistungen müssen im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen.



Impressum Schlüsselbund

Erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.

V.i.S.d.P für diese Ausgabe:
Joschka Baum und Ingrid Schween
Offerstraße 14a 42551 Velbert
buero@dielinke-velbert.de
www.dielinke-velbert.de
Die Redaktion behält sich vor,
Einsendungen zu kürzen.